

5. September 2016

Die Themen dieser Woche:



Zahlen zu Studiendarlehen

Was der Clinton-Plan für die Hochschulen bedeuten könnte

Im steten Kampf um die Aufmerksamkeit der Studierenden

Kurznachrichten

Liebe Leserinnen und Leser,

in dieser Ausgabe befassen wir uns mit Zahlen zur Verschuldung US-amerikanischer Studierender und mit möglichen Folgen einer Umsetzung der hochschulpolitischen Wahlkampfplattform von Hillary Clinton, Studiengebühren an öffentlichen Colleges für Angehörige von Familien mit Jahreseinkommen unterhalb von \$125K abzuschaffen. Wir werfen zudem einen Blick auf Strategien, sich bei Studierenden Aufmerksamkeit zu verschaffen, und schließlich – wie immer – auf verschiedene Kurznachrichten der Woche.

Ich wünsche Ihnen wie immer eine interessante Lektüre.

Stefan Altevogt

...▶ Zahlen zu Studiendarlehen

Die zunehmende Verschuldung US-amerikanischer Studierender und Hochschulabsolventen ist spätestens in der öffentlichen Wahrnehmung angelangt, seitdem die geschätzte Summe aller Studiendarlehen mit derzeit \$1,3 Bio. (die Zahl mit 12 Nullen, die in den USA „trillion“ heißt) die Summe von Kreditkartenschulden in den Schatten stellt. Diese \$1,3 Bio. verteilen sich auf eine mit 43 Mio. veranschlagte Zahl von Nehmern von Studiendarlehen, was dazu verleiten könnte, eine gleichmäßige Verteilung anzunehmen und eine durchschnittliche Verschuldung auszurechnen. Dies wären dann etwa \$30K pro Darlehensnehmer. In den Medien wird allerdings derzeit mit \$37K Schulden pro Studierendem eine andere Zahl zitiert, die nicht nur in ihrem Umfang katastrophal sein müsste, sondern vor allem im Hinblick auf die rasche Entwicklung dahin, die zuletzt mit einer Rate von mehr als 6% pro Jahr erfolgte. So hieß es etwa im Wall Street Journal im Mai: „About seven in 10 seniors set to graduate this spring borrowed for their educations. Along with their diplomas, they'll carry an average \$37,172 of student debt as they enter the workforce, according to a new analysis by higher-education expert Mark Kantrowitz. That breaks the record set by the 2015 class, which owed just over \$35,000, on average.“

Sie finden den Beitrag [hier](#).

Zudem empfiehlt sich ein genauerer Blick auf die Verteilung der Schulden auf Studierende und Absolventen verschiedener Typen von Hochschulen, so wie ihn im vergangenen Jahr Sandy Baum vom Urban Institute vorgelegt hat. Sie hatte dabei auf Grundlage von Daten des National Centers for Education Statistics aus dem Jahr 2012 herausgearbeitet, dass Darlehen für Grad Students und für Absolventen bzw. Nutzern gewinnorientierter Hochschulen die gesamten Studienschulden deutlich nach oben treiben. In den gemeinnützigen Sphären des ersten berufsqualifizierenden Abschlusses, also bei zwei- und vierjährigen Colleges sähe die Verschuldung demnach deutlich weniger dramatisch aus. 36% aller Bachelor Absolventen von öffentlichen Hochschulen hatten danach 2012 keine Schulden, weitere 26% Schulden unterhalb von \$20K und noch einmal 27% Schulden zwischen \$20K und \$40K. Bei Absolventen privater, gemeinnütziger Hochschulen lagen diese Anteile bei 7%, 20% und 33%, bei den For-Profits bei 13%, 11% und 30%, es waren also fast die Hälfte der Absolventen mit mehr als \$40K verschuldet. Noch dramatischer war der Unterschied zwischen For-Profits und öffentlichen Hochschulen bei den Absolventen zweijähriger Abschlüssen, die im öffentlichen Bereich zu 60% die Hochschulen ohne Schulden verlassen, bei den For-Profits nur zu 12%. Für weiterführende Studien werden dann aber deutlich höhere Schulden in Kauf genommen. So waren hier zwar 32% der Absolventen ohne Darlehen durch das Studium gekommen und weitere

31% hatten unter \$50K Schulden, doch hatten sich 23% bis zu \$100K und noch mal 14% über \$100K geliehen. Mit 10% aller Graduate Degrees entfiel nur ein geringer Teil auf den Bereich der „professional doctoral degrees“, doch sind hier 63% der Absolventen mit mehr als \$100K verschuldet.

Sie finden die Studie [hier](#).

Zur Verteilung dieser Schulden auf Alters- und damit auch Wählergruppen hieß es in einem Beitrag der Washington Post im vergangenen Mai: „The latest data from the New York Federal Reserve shows that 65 percent of student loans are held by Americans younger than 39, while people age 40 to 59 hold another 30 percent. The issue weighs heaviest on the minds of millennials, who have endured soaring college costs that forced many to take on tens of thousands of dollars in debt. A Harvard University Institute of Politics poll found that 57 percent of people under 30 believe that student debt is a major problem for young people.”

Sie finden diesen Beitrag [hier](#).

...► Was der Clinton-Plan für die Hochschulen bedeuten könnte

Die New York Times beziffert die Wahrscheinlichkeit, dass sich Hillary Clinton bei der kommenden Präsidentschaftswahl gegen Donald Trump durchsetzen können, derzeit mit Werten zwischen 85% und 90%. Doug Lederman beleuchtet auf Inside Higher Education in dieser Woche darum die Frage, was die Umsetzung einer von ihr angekündigten Befreiung des Besuchs einer öffentlichen Hochschule von Studiengebühren für Angehörige aus Haushalten mit einem Einkommen von unter \$125K pro Jahr bedeuten könnte. Hintergrund des Beitrags ist die Veröffentlichung einer entsprechenden Untersuchung durch das Center on Education and the Workforce (CEW) an der Georgetown University, in der es einschränkend heißt: „Given the lack of analogous cases and the lack of legislative and regulatory specificity in the Clinton proposal, our best informed guess is that the overall impact would be a 9-22 percent increase in enrollment at public colleges and universities, with a median projected increase of 16 percent.”

Zu diesem „best informed guess“ komme man mit Verweis auf Studien ökonomischen Verhaltens vor allem, weil eine Umstellung von Studien von „kostenpflichtig“ auf „kostenlos“ deutlich stärkere Auswirkungen auf das Konsumentenverhalten haben würde, als eine Drehung an der Preisschraube nach links oder nach rechts. Es heißt: „Economists and marketers have grasped the powerful behavioral lure of making something ‘free’.”

Sie finden die Untersuchung [hier](#).

Der deutliche Zuwachs des Interesses an einem „kostenlosen“ Studium an einer öffentlichen Hochschule, so Lederman, könne durchaus zweierlei bedeuten. Zum einen könnte sich – wie von den Befürwortern des Clinton-Plans immer wieder hervorgehoben – Hochschulbildung für gesellschaftliche Bereiche öffnen, die bislang aus Kostengründen keinen tertiären Abschluss angestrebt hätten. Zum anderen könnten sich aber auch Studierende, die bislang an private Hochschulen gingen, aus Kostengründen künftig an öffentlichen Colleges bewerben und einschreiben: „Officials at private colleges will be alarmed by estimates that as many as one in seven students at their institutions will be lured to public colleges by the elimination of tuition for many students.”

Sie finden den Beitrag [hier](#).

...► Im steten Kampf um die Aufmerksamkeit der Studierenden

In der vergangenen Woche berichteten wir über den Versuch der University of Chicago, den Anspruch der Hochschule zu bekräftigen, ein Ort des freien Austausches von Ideen zu sein und darum auch auf sogenannte „Trigger Warnings“ in Unterrichtsmaterialien oder Veranstaltungsankündigungen zu verzichten.

Inside Higher Education meldet die Verwendung von Trigger Warnings, also Warnungen, dass vorgestellte und diskutierte Gedanken möglicherweise für irgendjemanden verletzend sein könnten, in der Beschreibung eines Einführungskurses Mathematik für Ingenieure an der Auburn University und zeigt auf diese Weise, dass derartige Warnungen im akademischen Umfeld – zumindestens bei Ingenieuren – durchaus auch ein komisches Potenzial haben. Es heißt: „Peter Schwartz, a professor of engineering at Auburn University, who mimicked the medium to critique it. ‘TRIGGER WARNING: physics, trigonometry, sine, cosine, tangent, vector, force, work, energy, stress, quiz, grade,’ reads the top of his syllabus for his fall course in the fundamentals of engineering. Schwartz told AL.com this week that he finds trigger warnings ‘silly’.”

Sie finden den Beitrag [hier](#).

Ein Beitrag im Chronicle of Higher Education befasst sich in dieser Woche mit dem Problem vieler Hochschullehrer, ihre Unterrichtsmaterialien interessant genug zu gestalten, dass sie von den Studierenden in gewünschtem Umfang wahrgenommen werden. Der Anlass des Beitrags ist ein wohl dadurch bereits verbrannter Trick eines Professors an der Columbia University, der in einen zu lesenden Text eine offensichtlich als Witz gemeinte Aufforderung eingebaut und die Aufmerksamkeit seiner Studierenden daran gemessen hatte, ob man dieser Aufforderung nachgekommen war. So habe er diejenigen identifizieren können, die weder den Text gelesen hatten, noch auf sozialen Medien aktiv waren.

Der Beitrag diskutiert zudem die Frage, ob es denn wirklich sinnvoll sei, mit wie auch immer gearteten Tricks sich die Aufmerksamkeit der Studierenden zu verschaffen. Ein Kritiker solcher Strategien wird mit den Worten zitiert: „The syllabus is like the bad guy, and it has all these mean policies, and it’s really, really severe. The syllabus is only really written for students who don’t want to take my class, who don’t want to do the work.“

Sie finden diesen Beitrag [hier](#).

...► Kurznachrichten

Die kanadische Bundesregierung hat einer Meldung auf The Globe and Mail zufolge erste Schritte zu einer Erhöhung von Beihilfen für Studierende aus einkommensschwächeren Familien unternommen. Es heißt: „The increase means a 50 per cent increase in grants: up to \$3,000 for low-income students and up to \$1,200 a year for middle-income students.“ Das Programm habe einen Gesamtumfang von \$1,5 Mrd. über die kommenden fünf Jahre und würde durch eine Streichung von Steuervergünstigungen für Lehrmaterialien gegenfinanziert. Teil der Erleichterungen seien auch Beihilfen zur Tilgung bereits aufgelaufener Studienschulden, von denen ab kommendem November Schuldner mit Einkommen unter \$25.000 pro Jahr profitieren könnten.

Sie finden den Beitrag [hier](#).

Der Chronicle of Higher Education befasst sich in einem Beitrag mit den möglichen Folgen einer ab kommendem Dezember in Kraft tretenden Veränderung des Fair Labor Standards Act. Der bestimmt, dass ab einer bestimmten Einkommensgrenze Arbeitsstunden jenseits von 40 Stunden pro Woche als Überstunden extra abgegolten werden müssen und die Grenze wird von jetzt \$23K pro Jahr auf \$47K pro Jahr angehoben. Wenngleich die Folgen für die Hochschulen noch nicht abzusehen seien und obwohl die längst überfällige Anpassung allseits begrüßt werde, würde man sich doch in einigen Bereichen der Hochschullandschaft Sorgen über die Folgekosten machen. Es heißt zum Umfang der Auswirkungen in einem vielleicht extremen Beispiel: „The 23 campuses of the California State University system employ about 20,000 workers who may now be eligible for overtime (...). That’s about 40 percent of total system employees.“

Sie finden diesen Beitrag [hier](#).

Die kanadische Ausgabe der Huffington Post wirft einen lohnenswerten weil bebilderten Blick auf verschiedene Antworten auf die sich an fast allen Hochschulen stellende Frage, wie man Studierende in einer auch architektonisch ansprechenden Form unterbringen kann. Es heißt: „Below are some of the most beautiful pieces of architecture on university campuses across the country from coast to coast. Let us know, which residence did we miss?“

Sie finden diesen Beitrag [hier](#).

Die New York Times berichtet über eine Entscheidung an der Georgetown University, sich mit einem dunkleren Kapitel der Universitätsgeschichte auseinanderzusetzen und Schritte zu einer Wiedergutmachung zu versuchen. 1838 habe die Hochschule 272 Sklaven verkauft, um wirtschaftlich überleben zu können. Nun solle den Nachfahren ähnliche Vorteile bei der Bewerbung um einen Studienplatz eingeräumt werden, wie Kindern von Alumni. Es heißt: „More than a dozen universities – including Brown, Harvard and the University of Virginia – have publicly recognized their ties to slavery and the slave trade. But Craig Steven Wilder and Alfred L. Brophy, two historians who have studied universities and slavery, said they knew of none that had offered preferential status in admissions to the descendants of slaves.“

Sie finden diesen Beitrag [hier](#).

Anlässlich eines Mordversuchs eines wegen wissenschaftlichen Fehlverhaltens entlassenen Professors (Hengjun Chao) an seinem ehemaligen Dekan an der Mount Sinai School of Medicine in New York City schreibt Inside Higher Education: „It is rare but not unheard of for academics to be charged with murders of other academics. Chao is the second case this month.“

Sie finden diesen Beitrag [hier](#).

www.daad.org

daadny@daad.org